

GEMEINSAM DIE ZUKUNFT GESTALTEN: PROGRESSIVE GEMEINWESEN FÜR ZUSAMMENHALT, DEMOKRATIE UND LEBENSQUALITÄT

Politische Prioritäten der SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen
für die Mandatsperiode 2025–2030

Unsere von der Basis ausgehenden progressiven Prioritäten

Als gewählte progressive Vertreter*innen der lokalen und regionalen Ebene in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE-Fraktion) im Europäischen Ausschuss der Regionen (AdR) glauben wir an eine stärkere und gerechtere Europäische Union, die die Ängste, Erwartungen und Bedürfnisse unserer Bürgerinnen und Bürger versteht und auf sie eingeht und die ihnen Orientierung und Hoffnung gibt. Wir wollen ein Europa, das unseren Planeten, unsere Werte, unseren Zusammenhalt und unsere Bürgerinnen und Bürger schützt. Wir wollen das Vertrauen unserer Bürgerinnen und Bürger in unsere Fähigkeit stärken, ihre Lebensqualität durch solidarisches Handeln zu verbessern.

Unser Mandat beginnt zu einem für Europa sehr wichtigen Zeitpunkt, der für die EU in vielerlei Hinsicht ein existenzieller Moment ist. Einerseits ist die innenpolitische Lage Europas durch Kräfte der extremen Rechten geprägt, die in verschiedenen Mitgliedstaaten entweder direkt an der Regierung beteiligt sind oder die demokratische Architektur unserer Länder bedrohen, indem sie konservative Kräfte zum populistischen Extremismus drängen, der dem Wohlergehen der EU und ihrer Bürgerinnen und Bürger schadet. Andererseits haben wir eine internationale Lage, die geprägt ist von virulenten Konflikten an den Rändern unseres Kontinents, an den Küsten des Mittelmeers, im Gazastreifen und in der Ukraine sowie von einer durch die schwerwiegenden Eingriffe der neuen Trump-Regierung in den internationalen Handel, in die Entwicklungszusammenarbeit und in die Klima- und Zollpolitik verursachten erheblichen Störung des geopolitischen Gleichgewichts.

Wir leben in einer Welt, in der Bürgerinnen und Bürger und politische Entscheidungsträger mit komplexen und sich rasch ändernden Herausforderungen und neuen Bedrohungen konfrontiert sind, die Ängste bei den Bürgerinnen und Bürgern auslösen: vom Klimawandel über die Transformation der Volkswirtschaften und die geopolitische Instabilität bis hin zur anhaltenden bzw. wachsenden Ungleichheit und Ungerechtigkeit in unseren Gesellschaften. Dies setzt unser demokratisches System enorm unter Druck und stellt eine Herausforderung für unsere Werte dar. Wir verstehen die Sorgen, die dies auslöst, und wir müssen darauf reagieren.

Als progressive lokale und regionale Entscheidungsträger*innen müssen wir Ordnung ins Chaos bringen und unseren Bürgerinnen und Bürgern den progressiven Weg nach vorne

zeigen. Die Sozialdemokratie ist notwendiger denn je, um Zusammenhalt, Solidarität und demokratische Teilhabe zu gewährleisten. Wir müssen unser Europa inklusiver gestalten und widerstandsfähiger machen und in einer sich wandelnden Welt für die Gleichstellung der Geschlechter und den Zugang zu Chancen sorgen, um die Lebensqualität aller zu verbessern.

Die Europäische Union muss auf die einzigartigen Erfolge des europäischen Integrationsprojekts aufbauen und auf das eingehen, was sich Bürgerinnen und Bürger für sich selbst und für künftige Generationen erwarten. In einer zunehmend von Unberechenbarkeit geprägten Welt, in der wir mit Bedrohungen von außen und von innen konfrontiert sind, muss die EU in puncto Sicherheit stärker werden, und zwar einem umfassenden Sinne. Dies erfordert Zusammenarbeit und Vertrauen zwischen den Entscheidungsträgern auf allen Ebenen sowie den politischen Mut, neue Wege aufzuzeigen, wie der Fokus auf das Wesentliche gerichtet werden kann, um Zusammenhalt und Solidarität zu sichern und für unsere Bürgerinnen und Bürger eine nachhaltige und demokratische Zukunft zu gestalten.

Mit einer Kommission, die weniger von sozialdemokratischen Kräften geprägt ist, und einer EVP, die sich in vielen EU-Ländern sowie auf europäischer Ebene gefährlich der extremen Rechten annähert, ist die Arbeit lokaler progressiver Entscheidungsträger in dieser EU-Wahlperiode wichtiger denn je. Es besteht die Chance, gleichzeitig aber auch die dringende Notwendigkeit, lokalen und regionalen Entscheidungsträger eine stärkere Rolle bei der Gestaltung der Europäischen Union zu geben. Unsere Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen muss noch enger mit der weiteren progressiven Parteienfamilie zusammenarbeiten, um unsere Agenda strategisch und koordiniert voranzubringen. Mit dem neuen Präsidenten des Europäischen Rates hat die SPE im AdR die Gelegenheit, stärkere Synergieeffekte zu schaffen und engere Beziehungen aufzubauen.

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU und insbesondere die im AdR vertretenen progressiven lokalen und regionalen Entscheidungsträger*innen müssen bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen eine zentrale Rolle spielen. Wir müssen die europäische Mehrebenen-Demokratie und daher auch die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und des Europäischen Ausschusses der Regionen stärken.

Bis 2030 soll die Agenda der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung verwirklicht werden, und bis 2050 will die EU Klimaneutralität erreichen. Es ist also höchste Zeit für unsere Lösungsansätze für den sozialen, demokratischen, kulturellen und nachhaltigen Fortschritt. Dies erfordert einen gerechten und fairen Übergang.

Die vorliegenden politischen Prioritäten der SPE-Fraktion sind unsere Leitschnur für die Mandatsperiode 2025-2030 und das Ergebnis unserer gemeinsamen Erfahrungen und Debatten. Diese Prioritäten bestimmen unser Handeln als SPE-Mitglieder des Europäischen Ausschusses der Regionen und bilden die Grundlage für eine verstärkte Zusammenarbeit mit der progressiven Parteienfamilie, insbesondere der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) und der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D-Fraktion), sowie mit anderen progressiven Partnern.

Als sozialistische, sozialdemokratische und progressive Vertreter*innen der lokalen und regionalen Ebene wollen wir eine Europäische Union mit den folgenden Prioritäten:

- > **Zusammenhalt**
- > **Demokratie**
- > **Lebensqualität**

Wir begreifen den **Zusammenhalt** als Zusammenhalt im weitesten Sinne, d. h. als Herstellung einer Einheit auf allen Ebenen, die Menschen und Gebiete vereint. Als einen echten sowohl sozialen als auch territorialen Zusammenhalt, wie er in den EU-Verträgen gefordert wird. Für die Europäische Union bedeutet dies, dass eng mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zusammengearbeitet werden muss, um eine gemeinsame Vision zu entwickeln und die politischen Mittel und Verfahren für eine gemeinsame Beschlussfassung sowie den Aufbau sozialer und territorialer Verbindungen und Partnerschaften bereitzustellen. Dies bedeutet, dass Konvergenz und die Bekämpfung von Ungleichheit innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten bei allen Maßnahmen der EU im Mittelpunkt stehen müssen. Um den Zusammenhalt als vorrangiges Ziel unseres politischen Handelns zu verankern, müssen wir die Voraussetzungen für ein Zugehörigkeitsgefühl bei den Bürgerinnen und Bürgern der EU schaffen, das dafür sorgt, dass die Gesamtheit stärker ist als die Summe ihrer Teile; und wir müssen eine echten Geistes von Verbundenheit und Solidarität fördern. Hierfür brauchen wir insbesondere die Kohäsionsinstrumente wie etwa der Strukturfonds und das Partnerschaftsprinzip sowie eine starke kohäsionsbezogene Investitionspolitik mit klaren Zielen und umfassenden Mitteln, die auf der Zusammenarbeit aller Ebenen fußt und die Erfahrungen der verschiedenen Gebiete und Gemeinschaften einbezieht. Zusammenhalt ist von entscheidender Bedeutung, um den Erfolg der EU als Projekt für Stabilität und Frieden zu wahren, ein Projekt, das mehr als nur wirtschaftliche Zusammenarbeit ist und den Bürgerinnen und Bürgern Hoffnung gibt.

Wir verstehen **Demokratie** im weitesten Sinne, nämlich als unsere europäischen Werte der Rechtsstaatlichkeit, der Achtung der Grundrechte, einer starken Multi-Level-Governance und freier, fairer und offener demokratischer Verfahren auf allen Ebenen. Das bedeutet, dass die EU ein Vorbild an Demokratie und Teilhabe sein und zeigen muss, dass demokratische Entscheidungen und Transparenz der beste Weg zur Bewältigung der sich uns stellenden Herausforderungen sind. Hierfür ist es nötig, die Demokratie und ihre Institutionen konsequent gegen alle zu verteidigen, die versuchen, sie von innen oder außen zu untergraben. Diese Arbeit beginnt auf lokaler und regionaler Ebene. Zudem bedarf es der festen Entschlossenheit, unsere Bürgerinnen und Bürger zu informieren und zu erklären, welche Entscheidungen anstehen und welche Wahlen sie treffen müssen. Außerdem müssen wir eine Kultur der Demokratie, des gegenseitigen Respekts und des gegenseitigen Vertrauens durch Bildung und Teilhabe aufzubauen. Demokratie und Rechtsstaatlichkeit müssen verteidigt werden, insbesondere angesichts des digitalen Wandels, der neue Herausforderungen für die demokratische Teilhabe und die Selbstbestimmung mit sich bringt.

Wir werden daran arbeiten, die **Lebensqualität** unserer Bürgerinnen und Bürger im weitesten Sinne zu verbessern und unsere Arbeit legitimieren, indem wir das gemeinsame Wohlergehen, den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen der Bürgerinnen und Bürger der EU verbessern. Dies beinhaltet den Schutz benachteiligter Gruppen in der Gesellschaft und die Schaffung von Wachstumschancen für alle. Dafür braucht es starke und widerstandsfähige lokale und regionale Gebietskörperschaften, die über die erforderlichen Befugnisse und Mittel verfügen, um hochwertige öffentliche Dienstleistungen anzubieten und die lokalen Gemeinschaften und Unternehmen in unseren Gebieten beim tiefgreifenden ökologischen und digitalen Wandel zu unterstützen, der für eine bessere Lebensqualität und neue Chancen

stehen muss. Und es erfordert einen starken Fokus auf Inklusion und Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, da es ohne Gleichstellung keine Entwicklung geben kann. In Solidarität können wir die vor uns liegenden Veränderungen weitaus besser bewältigen und sie zum Wohle aller gestalten. Dem Mehrwert, den Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern im Alltag bietet, konkret Gestalt zu geben, ist der richtige Weg, um Vertrauen und Solidarität zu schaffen, die Europa stark machen.

Die Europäische Union muss als eine politische Gemeinschaft gestärkt werden, die auf gemeinsamen Werten und Zielen gründet, die auf dem historischen Erfolg des Friedens beruht und bereit ist, diesen zu verteidigen, und die mit Blick auf eine regelbasierte, solidarische Zusammenarbeit weltweit mit gutem Beispiel vorangeht. Der Erfolg des europäischen Projekts beruht auf der Stärke und der Vielfalt der europäischen Regionen und Landschaften, und wir glauben an gemeinsame Verantwortung, Dezentralisierung und gemeinsames Handeln auf allen Ebenen. Als SPE-Fraktion werden wir immer betonen, dass fortschreitende Integration und politische Entscheidungsprozesse in und zwischen unseren Vierteln, Dörfern, Gemeinden, Städten, Regionen und Ländern und in einem weltweiten Zusammenhang stattfinden.

Daher werden wir jede unserer drei übergeordneten Prioritäten darstellen: Zusammenhalt, Demokratie und Lebensqualität für alle und überall.

Was muss die EU tun?

Als Mitglieder der progressiven Parteienfamilie und im Rahmen unserer Arbeit auf der lokalen und regionalen Ebene und im AdR werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Europäische Union von den Entscheidungsträger*innen der EU und der Mitgliedstaaten in die aus unserer Sicht richtige Richtung gesteuert wird. Dies bedeutet, dass in vielen Bereichen mehr Europa und ein stärkeres Europa erforderlich ist, unter anderem durch einen soliden Haushalt und eine stärkere Bündelung von Ressourcen zwischen den Mitgliedstaaten.

Was können die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften tun?

Als Vertreter*innen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften machen wir in unserer täglichen Arbeit auf lokaler und regionaler Ebene, aber auch beim Gedankenaustausch und bei der Konzeption von EU-Programmen und -Maßnahmen den zentralen Beitrag der Dörfer, Städte und Regionen zur Verwirklichung der Ziele der europäischen Integration deutlich. Wir müssen mit lokalen und regionalen Entscheidungsträger*innen in der gesamten EU in Kontakt treten und sie ermutigen, die Bürgerinnen und Bürger über die europäische Dimension der politischen Entscheidungen aufzuklären, die wir alle treffen müssen.

Wie werden wir, die SPE-Mitglieder, dazu beitragen?

Als eine Fraktion mit engen Verbindungen und Netzwerken in der gesamten EU und als zweitgrößte Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen werden wir die künftige Arbeit des AdR mitbestimmen und mit unseren Kernbotschaften dafür sorgen, dass die Städte und Regionen Gehör finden. Basierend auf unserer Kenntnis der Situation vor Ort, unserer Erfahrung und unserer Legitimität als gewählte Vertreter*innen muss der AdR im Verhältnis zu den anderen EU-Institutionen eine stärkere Rolle spielen.

Die SPE-Fraktion und ihre Mitglieder vertreten die weitere Familie der progressiven lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU, das heißt, sie repräsentieren anteilig insgesamt 1,2 Millionen auf lokaler oder regionaler Ebene gewählte Mandatsträger. Durch die enge Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Entscheidungsträger*innen in der gesamten EU sind wir die Stimme aller progressiven Gebietskörperschaften und bauen auf ihren Stärken und Netzwerken auf. Dadurch werden wir für noch engere Verbindungen zwischen der lokalen und der europäischen Ebene sorgen.

Zusammenhalt

Was muss die EU tun?

Die Förderung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten ist ein zentrales Ziel der Europäischen Union und eine Voraussetzung für das Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Zu diesem Zweck hat die EU wichtige Instrumente wie den freien Personen-, Kapital- und Warenverkehr ohne Binnengrenzen, den Binnenmarkt und die EU-Kohäsionspolitik geschaffen. Dies sind wichtige Errungenschaften, die es in einer sich rasch wandelnden Welt weiterzuentwickeln gilt. Dies gilt insbesondere für enormen Wandel, der sich in vielen Bereichen vollzieht und der viel Unsicherheit mit sich bringt. Wenn alle Mitglieder unserer Gesellschaft – unabhängig davon, wo sie leben – in den Genuss der Vorteile der europäischen Integration kommen sollen, muss mehr getan werden. Schwächere Bevölkerungsgruppen müssen besondere Unterstützung erhalten, und die unterschiedlichen Realitäten in den Städten und Regionen der EU sind bei allen EU-Maßnahmen genau zu beachten. Wir müssen uns um den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt der EU bemühen, was heute auch bedeutet, dass die digitale Kluft geschlossen werden und dafür gesorgt werden muss, dass alle Menschen von den Vorteilen des digitalen Wandels profitieren können, unabhängig davon, wo sie leben. Dies bedeutet auch, dass wir beim ökologischen Wandel weiterhin die zentralen Ziele Zusammenhalt und Angleichung nach oben verfolgen, während wir uns für den Grünen Deal der EU einsetzen, die Strategie für eine saubere Industrie für Europa umsetzen und den gerechten Übergang gestalten. Der digitale und der ökologische Wandel sollten als Chance für Verbesserungen verstanden werden, die wir in unseren Gebieten durch unser politisches Handeln erreichen können.

Die kommenden Jahre werden für die Gestaltung eines neuen EU-Haushaltsplans und die allgemeine finanzielle Leistungsfähigkeit der Europäischen Union von entscheidender Bedeutung sein. Wir müssen sicherstellen, dass die EU nicht den großen Fehler macht, unterschiedliche Ziele gegeneinander auszuspielen. Die Verfolgung ambitionierterer Ziele bei Wettbewerbsfähigkeit, Industrie und digitalem Wandel darf nicht zulasten der Finanzierung unserer Landwirtschaft und ihres Wandels oder des Engagements Europas für den Zusammenhalt gehen. Wie Jacques Delors bereits sagte: Gerade in Zeiten, in denen wir uns den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit schneller erreichen wollen – wie es heute der Fall ist – ist der Zusammenhalt besonders wichtig. Nicht alle Unternehmen, nicht alle Regionen und nicht alle Arbeitnehmer*innen werden aus dem beschleunigten Wandel zu einem digitaleren, stärker vernetzten und ökologischeren Europa als Gewinner hervorgehen. Mit dem EU-Haushalt muss sichergestellt werden, dass alle Menschen überall in Europa Zugang zu einer sicheren Zukunft und einer hohen Lebensqualität haben.

Die EU muss in den kommenden fünf Jahren proaktiver agieren, wenn es um die Stärkung einer dezentralen und regionalisierten Kohäsionspolitik geht, die allen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zugänglich ist, und hierfür die entsprechenden Haushaltsmittel bereitstellen. Die EU muss einen umfassenden Plan zur Schaffung von nachhaltigem und erschwinglichem Wohnraum für alle vorlegen und umsetzen. Wir brauchen einen besseren EU-Rahmen für staatliche Beihilfen, um der Kluft zwischen Stadt und Land und dem Problem der Landflucht zu begegnen. Dazu brauchen wir entsprechende Vorschriften, um für Rechtssicherheit bei öffentlichen Investitionen auf allen Ebenen, insbesondere zur Stärkung der öffentlichen Dienste, zu sorgen. Die EU benötigt zudem neue Eigenmittel, damit der EU-Haushalt auf die wachsenden Herausforderungen reagieren kann. Dies muss die Ausgabe gemeinsamer Schultitel für Investitionen und für neue Prioritäten wie die Verteidigung umfassen. Eine der größten Herausforderungen besteht ferner darin, die Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen und auf EU-Ebene eine solide Strategie zur Armutsbekämpfung vorzulegen. Nicht zuletzt muss sich die EU auch stärker für die Durchsetzung gerechter Steuersysteme im Dienste des Gemeinwohls einsetzen.

Zentrale Elemente der laufenden EU-Mandatsperiode werden auch die Wettbewerbsfähigkeit und die Neubelebung unserer Industriesektoren sein, angefangen bei der grünen Wirtschaft und dem Energiesektor bis hin zu Verteidigung und neuen Technologien. Die Frage, wie gemeinsames Wachstum sichergestellt werden kann, das für Konvergenz und territorialen Zusammenhalt sorgt, muss daher im Mittelpunkt unserer Antworten auf diese entscheidenden Herausforderungen stehen.

Was können die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften tun?

In allen Politikbereichen, die für den Erfolg und die Legitimation der europäischen Integration maßgebend sind, wissen die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihre Vertreter*innen am besten, was vor Ort wirklich nötig ist. Sie sind für die Hälfte der öffentlichen Investitionen und die Umsetzung von etwa 70 % der EU-Rechtsvorschriften verantwortlich. Natürlich kann echter Zusammenhalt in all seinen Dimensionen und Solidarität für alle, und zwar überall, nur dann gelingen, wenn auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen eng zusammengearbeitet wird. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erbringen effiziente öffentliche Dienstleistungen, damit jede Europäerin und jeder Europäer unabhängig vom Wohnort die gleichen Chancen hat.

Deshalb muss sich der AdR weiter nachdrücklich dafür einsetzen, dass das Wissen, der Erfahrungsschatz und die innovativen Ideen der lokalen und regionalen Ebene voll und ganz anerkannt und bei der Gestaltung politischer EU-Maßnahmen und -Programme, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen, genutzt werden. Die Wohnungspolitik ist untrennbar mit der lokalen Planung verbunden. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ein wichtiges Instrument zur Steuerung der lokalen und regionalen Wirtschaftsentwicklung, und die Fähigkeit zur Erbringung hochwertiger und öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Gesundheit, Inklusion oder Verkehr geschieht in einem nationalen und europäischen Rahmen. Dies erfordert einen bedürfnisorientierten Ansatz im Hinblick auf die verschiedenen Verwaltungsebenen und deshalb müssen die Maßnahmen der EU den besonderen Umständen in den verschiedenen Gebieten Rechnung tragen.

Wie werden wir, die progressiven Kommunal- und Regionalpolitiker, dazu beitragen?

Als SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen werden wir

- > regionale und lokale Interessenträger*innen und die Zivilgesellschaft mobilisieren, um das politische Umfeld für die Fortsetzung einer starken Kohäsionspolitik zu schaffen, einschließlich unter Nutzung der 'Kohäsionsallianz';
- > uns aktiv an der Gestaltung der europäischen Agenda für den Wohnungsbau und am Aufbau von Partnerschaften mit den europäischen Institutionen beteiligen, um Instrumente zu entwickeln, die Wohnungsbauinvestitionen auf lokaler und regionaler Ebene unterstützen;
- > konkrete Beispielen erfolgreicher Projekte für gerechte Umstellungsprozesse präsentieren und auf Vereinfachung bei der Umsetzung kohäsionspolitischer Programme drängen;
- > eine Liste hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen erstellen, die überall, insbesondere in entlegenen/ländlichen Gebieten, verfügbar und zugänglich sein müssen, um die „Geografie der Unzufriedenheit“ zu überwinden;
- > für Beschäftigungsförderung und die Schaffung attraktiver Arbeitsplätze mit entsprechenden Einkommen sowie „Gebieten ohne Langzeitarbeitslosigkeit“, die an die Erfolge solcher Initiativen in vielen Teilen der EU anknüpfen, eintreten;
- > uns generell für die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen EU-Wirtschaft und -Industrie einsetzen, und zwar durch Stärkung der Gemeinwirtschaft, der Sozialwirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft;
- > die Stärkung der Instrumente für Steuerung und strategische Planungsinstrumente erwirken, die zur Entwicklung von Wirtschafts- und Industriemodellen beitragen, die auf auf Zusammenhalt und Konvergenz abzielen;
- > Zusammenhalt in der Digitalen Agenda für Europa mainstreamen, um der digitalen Kluft entgegenzuwirken und sicherzustellen, dass die Gestaltung der Technologieinfrastruktur den Interessen aller Bürgerinnen und Bürger und Gebieten Europas dient.

Demokratie

Was muss die EU tun?

Die Europäische Union gründet auf den Werten der freiheitlichen Demokratie, dem Rechtsstaatsprinzip und der Achtung der Grundrechte. Damit die Union funktionieren und gedeihen kann, müssen sich ihre Mitglieder (die Mitgliedstaaten und deren regionale und lokale Strukturen) an diese Grundsätze halten. Das muss sowohl für EU-Mitgliedstaaten als auch für Länder gelten, die der EU beitreten möchten. Die Demokratie steckt ganz klar in einer Krise, sieht sich Angriffen extremistischer Parteien gegenüber, die zunehmend antidemokratische Mittel einsetzen, wird von autokratischen Regimen sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU bedroht, die die Grundlagen der Gewaltenteilung unterminieren und die bürgerlichen Freiheiten verletzen, und wird von Oligarchen untergraben, die ihre wirtschaftliche Macht nutzen, um das Vertrauen in die öffentliche Gewalt und demokratische Vertretung zu zerstören.

Vor diesem Hintergrund braucht eine lebendige Demokratie wie die der EU einen neuen Anstoß zur Entwicklung eigener Mechanismen zur Förderung ihrer Grundwerte und Grundsätze sowie zur Gewährleistung von Transparenz, Rechenschaftspflicht, Wirksamkeit und der demokratischen Verfahren ihrer Entscheidungsfindung und ihrer Institutionen. Die progressiven

Kräfte setzen sich auf allen Ebenen dafür ein, den Einfluss der Bürgerinnen und Bürger in der EU weiter zu stärken. Die Gleichstellung der Geschlechter ist bei allen unseren Tätigkeiten auf allen Regierungs- und Verwaltungsebenen unser Leitprinzip. Durch entsprechende Entscheidungsverfahren muss zudem in allen Politikbereichen für generationenübergreifende Gerechtigkeit gesorgt werden.

Die nächste Erweiterungsrunde der EU ist eine geopolitische und demokratische Aufgabe. Die EU muss dafür mittels offener und partizipativer Verfahren unter Beteiligung sowohl der Bürgerinnen und Bürger als auch der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften reformiert werden. Sie muss ihre Unterstützung für die Ukraine und den Wiederaufbau des Landes in Vorbereitung auf seinen Beitritt fortsetzen. Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung, Korruptionsbekämpfung und Inklusion im Interesse aller und überall können nur gewährleistet werden, wenn Entscheidungsprozesse und Informationsflüsse mit politischen Vorgaben und Innovationsgeist aktiv neugestaltet werden. Kernelemente der Vorbildfunktion der EU als Beispiel für regelbasierte Zusammenarbeit unter Wahrung der höchsten Standards beim Schutz der Menschenrechte müssen eine humane Migrationspolitik und solidarische Beziehungen zu anderen Teilen der Welt sein. Im digitalen Zeitalter muss die EU ihre Widerstandsfähigkeit gegen Desinformation stärken und gleichzeitig den Medienpluralismus fördern.

In diesen Zeiten, in denen die Demokratie bedroht ist, muss das Vertrauen in die repräsentative Demokratie unbedingt wiederhergestellt werden. Die progressiven Kräfte müssen die lokale Ebene wieder als Mittel- und Ausgangspunkt betrachten, denn dies ist die Ebene, auf der unsere Politik greifbar wird und auf der die Wahlergebnisse in vielen Mitgliedstaaten eine große Unterstützung für SPE-Führung zeigen. Dieser Aufbau von Glaubwürdigkeit an der Basis ist die Grundlage für die Erneuerung des Vertrauens in die Demokratie und die Ausweitung des progressiven Einflusses auf allen Ebenen.

Was können die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften tun?

Demokratie muss in der EU auf der lokalen Ebene beginnen und sich auf die Zusammenarbeit zwischen und auf allen Ebenen stützen. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften praktizieren bürgernahe Demokratie und tragen die Hauptverantwortung dafür, dass die kollektive Entscheidungsfindung möglichst offen und inklusiv erfolgt. Sie sind die Stellen, an denen neue Formen von Teilhabe entwickelt und erprobt werden können. Sie müssen in der Praxis und in der Bildung dazu beitragen, dass sich eine von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit geleitete Kultur verbreitet.

Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften spielen eine Schlüsselrolle bei der Integration von Migranten. Zur Wahrnehmung dieser für den Schutz der Grundrechte und den sozialen Zusammenhalt grundlegenden Aufgabe müssen sie aber auch mit entsprechenden Mitteln ausgestattet werden.

Deshalb sollten die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften weiter darauf dringen, dass sie im Institutionengefüge und auf die Politikgestaltung der EU stärkeren Einfluss nehmen können, damit der Vielfalt der europäischen Mehrebenendemokratie umfassend Rechnung getragen wird.

Wie werden wir, die progressiven Kommunal- und Regionalpolitiker, dazu beitragen?

Als SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen werden wir

- > weiterhin eine stärkere Rolle des Europäischen Ausschusses der Regionen als politischer Versammlung der lokalen und regionalen Vertreter*innen im Beschlussfassungssystem der EU, einschließlich seiner Beteiligung bei wichtigen Trilog-Sitzungen, sowie eine stärkere Präsenz in Ratsarbeitsgruppen fordern und dem Europäischen Parlament vorschlagen, dass die EP-Ausschüsse über Änderungsanträge des AdR direkt abstimmen können;
- > unsere Arbeit für den Aufbau von Verbindungen zu lokalen und regionalen Entscheidungsträgern in der EU und in Drittländern intensivieren, um unser gemeinsames Engagement für Demokratie, Grundrechte und Zusammenarbeit auf der Grundlage gemeinsamer Werte und gegenseitigen Respekts zu stärken;
- > den sozialen Dialog und die Beteiligung der Zivilgesellschaft in den verschiedenen Bereichen des politischen Handelns fördern, um für mehr Transparenz und eine stärkere Vertretung aller interessierten Parteien zu sorgen;
- > für einen stärkeren Schutz unserer Demokratie eintreten, und zwar durch die verantwortungsvolle Nutzung des digitalen Raums und digitaler Plattformen zur Eindämmung von Falschmeldungen, die Verringerung der Bedrohung durch Desinformation durch Unterstützung der unabhängigen Faktenprüfung und die Bekämpfung der Polarisierung im digitalen Raum, die Hass im Internet hervorruft und die Einflussnahme aus dem Ausland oder von Unternehmen auf Wahlprozesse ermöglicht;
- > alle Formen von Gewalt gegen und die Diskriminierung von Frauen bekämpfen und die Kampagne „Ein sicherer Ort für Frauen“ fortsetzen;
- > uns gegen jede Diskriminierung der LGBTI+-Gemeinschaft einsetzen;
- > den direkten Zugang der unteren Regierungs- und Verwaltungsebenen zu EU-Mitteln zur Unterstützung der Integration von Migranten fordern;
- > klarere Regeln und eine kohärentere EU-Migrationspolitik einfordern, die unverrückbar auf der Solidarität der EU und der Achtung der Menschenrechte gründet und den Anliegen der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in vollem Umfang Rechnung trägt;
- > uns für die Erprobung und Übernahme von Elementen der partizipativen Demokratie in Entscheidungsprozesse auf lokaler und regionaler Ebene sowie gegebenenfalls auf EU-Ebene als notwendige Ergänzung einer modernen repräsentativen Demokratie einsetzen;
- > lokale und regionale Bürgerdebatten im Interesse einer stärkeren Bürgerbeteiligung an der EU-Beschlussfassung veranstalten;
- > unser Engagement für die ausgeglichene Vertretung von Frauen im Europäischen Ausschuss der Regionen und allen anderen demokratischen Institutionen fortsetzen;
- > mit den progressiven Kräften der Bewerberländer auf lokaler und regionaler Ebene zusammenarbeiten, um sie bei der Vorbereitung auf einen EU-Beitritt zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass sie, sobald der Beitrittsprozess dies zulässt, vollständig in die Strukturen der EU eingebunden werden.

Lebensqualität

Was muss die EU tun?

Die Europäische Union muss ihren Bürgerinnen und Bürgern in jeder Hinsicht mehr Sicherheit bieten. Dazu gilt es auch, eine umfassende europäische Verteidigung zu entwickeln, die auf der

Bündelung von Ressourcen, auf der Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten und auf geteilter Verantwortung beruht. Außerdem muss ein erheblich weiter reichendes Sicherheitskonzept ausgearbeitet werden, das langfristige Visionen umfasst, um für wirtschaftliches, finanzielles und beschäftigungsbezogenes Wohlergehen im Sinne der UN Nachhaltigkeitsziele einschließlich der sozialen und ökologischen Ziele, zu sorgen. Die Verwirklichung der CO₂-Neutralität bis 2050 erfordert massive Veränderungen in der Art und Weise, wie wir leben, essen, arbeiten, produzieren und reisen, und diese müssen sozial, wirtschaftlich und territorial gerecht sein, basierend auf der Idee, dass diese Veränderungen für unsere Bürgerinnen und Bürger einen Mehrwert erbringen und für eine Verbesserung ihres Lebensstandards sorgen müssen. Wir müssen Schlüsselindustrien bei ihrem Wandel unterstützen, und wir müssen Arbeitnehmer*innen dabei helfen, sich anzupassen, und dafür sorgen, dass alle Gebiete und Gemeinschaften von diesem Wandel profitieren können. Wir müssen die Lebenshaltungskostenkrise bewältigen, indem wir die wichtigsten Bedürfnisse in den Bereichen Wohnraum, Energie, Zugang zu gesunden Lebensmitteln, Gesundheitsversorgung und Bildung decken. Dies bedeutet nicht nur, dass die EU bei der Umsetzung des Grünen Deals ehrgeizig sein und ihn mit ihren Wettbewerbszielen in Einklang bringen muss, sondern auch, dass wir viel stärkere Instrumente brauchen, um sicherzustellen, dass der Wandel neue Chancen eröffnet und sozialen Fortschritt ermöglicht. Wir müssen die Resilienz der Infrastruktur und die Autonomie strategischer Produktionsketten gewährleisten.

Es gibt eine Vielzahl von Initiativen, die wir stärken und entsprechend gestalten müssen, um diese Ziele zu erreichen. Progressive müssen der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte besondere Aufmerksamkeit schenken, und es ist unsere Aufgabe, allen progressiven Kräften und Gewerkschaften in Europa dabei zu helfen, den Fahrplan für hochwertige Arbeit, die Initiativen zur Regulierung von Algorithmen am Arbeitsplatz, die Armutsbekämpfung und die Europäische Kompetenzunion klarer zu definieren. Neben der Stärkung des sozialen Besitzstands der Säule werden wir auch aktiv zwei neue Kompetenzbereiche entwickeln, die in direktem Zusammenhang mit der Lebensqualität stehen: Wohnen und Gesundheit.

Eine neue Gemeinsame Agrarpolitik muss stärker auf die Unterstützung einer nachhaltigen Kleinlandwirtschaft ausgerichtet sein. Die europäische Säule sozialer Rechte muss vollständig umgesetzt und weiterentwickelt werden. Die europäische Energiepolitik muss den Übergang zu erneuerbaren, in der EU verfügbaren Energieträgern sowie die Solidarität zwischen Energiesystemen fördern, um erschwingliche Energie und eine sichere Energieversorgung zu gewährleisten, und die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger stärken, als Prosumenten am Energiemarkt teilzunehmen.

Eine gemeinsame EU-Industriepolitik muss auf regionalen Innovationsökosystemen aufbauen und sich auf hochwertige Arbeitsplätze und, im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit, auf für alle zugänglichen Kompetenzerwerb konzentrieren. Digitalisierung und künstliche Intelligenz verändern weiterhin unser Leben und bieten große Chancen, stellen uns aber auch vor enorme Herausforderungen in Bezug auf Inklusivität, Zugänglichkeit und Schutz der Grundrechte der Nutzer*innen und der Menschen, deren Arbeitsplätze sich grundlegend verändern werden. Die EU muss auf regulatorischer Ebene mit der beispiellosen technologischen Entwicklung und dem globalen Druck Schritt halten.

Die Europäische Gesundheitsunion leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dass alle unabhängig vom Wohnort Zugang zu einer hochwertigen, auf Spitzenforschung beruhenden und durch entsprechende Versicherungssysteme gedeckten Gesundheitsversorgung haben. Dies

beinhaltet auch den Schutz unseres Sozialsystems, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegekräften und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur in der gesamten EU.

Was können die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften tun?

Der Übergang zu nachhaltigem Wohlergehen muss sich fair und sicher gestalten und den unterschiedlichen Bedingungen in den verschiedenen Gebieten der EU gerecht werden. Bei der Mobilisierung der gesamten Gesellschaft für diese Prozesse spielen die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften als Informationsquelle sowohl der Bevölkerung als auch der EU-Ebene eine zentrale Rolle. Maßnahmen zur Senkung der CO₂-Emissionen bei gleichzeitiger Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels und Erhalt von Arbeitsplätzen müssen über die lokalen und regionalen Stellen laufen, die für Planung, Gebäudesanierung, Verkehr, Abfallwirtschaft, Bildung, Investitionen und öffentliche Auftragsvergabe verantwortlich sind. Anstöße für Innovationen und wirtschaftliche Entwicklung vor Ort und die Förderung von Bildung, Forschung und Kompetenzen sind Grundvoraussetzungen dafür, dass gesamtgesellschaftlicher Fortschritt gelingt und Bürger*innen tatsächlich frei darüber entscheiden können, ob sie geographisch mobil sein wollen, oder bleiben, wo sie sind.

Wie werden wir, die progressiven Kommunal- und Regionalpolitiker*innen, tun, um das zu realisieren?

Europa muss den ökologischen Wandel solidarisch gestalten. Das ist sowohl ein sozioökonomischer als auch ein klimapolitischer Imperativ. Wir werden weiterhin einen ehrgeizigen europäischen Grünen Deal unter umfassender Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unterstützen und alle Versuche bekämpfen, die Verpflichtungen zur CO₂-Neutralität aufzuweichen, denn unsere Wettbewerbsfähigkeit hängt von einer langfristig nachhaltigen Vision und nicht von der Bewahrung gestriger Technologien ab. Europa kann und wird langfristig nur dann wettbewerbsfähig bleiben, wenn uns die Umstellung von fossilen Energieträgern auf eine saubere, wettbewerbsfähige, von sozialem Zusammenhalt getragene Kreislaufwirtschaft gelingt. Dies bedeutet auch, dass wir den demografischen Wandel gemeinsam angehen und für Generationengerechtigkeit sorgen müssen.

Als SPE-Fraktion im Europäischen Ausschuss der Regionen werden wir:

- > uns für eine Stärkung der europäischen Säule sozialer Rechte und der Fairness des Wandels sowie für den Schutz von Arbeitnehmer- und Bürgerrechten einsetzen, indem wir nachdrücklich die zentrale Rolle betonen, die die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften bei politischen Maßnahmen spielen, bei denen Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit miteinander in Einklang gebracht werden müssen. Dazu gehört auch der Widerstand gegen Versuche, im Namen der Vereinfachung und Verringerung von Bürokratielasten Deregulierung durchzusetzen;
- > uns für hochwertige öffentliche Dienstleistungen als wesentliche Stabilisatoren des sozialen und territorialen Zusammenhalts und Kernelemente des europäischen Sozialmodells einsetzen und dafür kämpfen, dass diese von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften erbracht werden können;
- > aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sowie die Unterstützung von Kompetenzen und Qualifikationen auf lokaler und regionaler Ebene fördern, um die Erwerbsbeteiligung aller,

auch benachteiligter Gruppen, zu verbessern und für mehr Arbeitsplatzsicherheit und mehr Beschäftigungsmöglichkeiten zu sorgen;

- > die Umsetzung und Durchsetzung einer Reihe wichtiger sozialistischer Errungenschaften wie Mindestlohn, Lohngleichheit zwischen Frauen und Männern und des Digital Service Acts auf nationaler Ebene überwachen;
- > eine inklusive Kreislaufwirtschaft unterstützen, indem strukturelle Hindernisse für den Zugang zum Arbeitsmarkt beseitigt, Weiterbildung, Umschulung und die notwendigen sozialen und technologischen Innovationen vorangetrieben und nachhaltige Produktions- und Verbrauchsmodelle gefördert werden, nicht zuletzt durch eine stärkere Ausrichtung der öffentlichen Auftragsvergebervorschriften auf Umweltbelange;
- > eine stärkere europäische Industriepolitik fordern, um den Übergang insbesondere energieintensiver Industrien und gefährdeter Regionen zu erleichtern und gleichzeitig die sozialen und ökologischen Auswirkungen zu begrenzen. Dies bedeutet auch, dass wir dafür kämpfen werden, dass für alle Formen der direkten und indirekten öffentlichen Finanzierung und Unterstützung von Unternehmen auf EU- und nationaler Ebene soziale sowie Umwelt- und Steuerauflagen gelten;
- > für eine intensivere interregionale Zusammenarbeit zwischen europäischen Regionen u.a. durch Nutzung der Kohäsionsprogramme eintreten, um industrielle Wertschöpfungsketten zu schaffen oder zu stärken;
- > uns für Forschung und Innovation auf lokaler und regionaler Ebene als wichtige Triebkräfte für einen gerechten Übergang und bessere Zukunftschancen einsetzen, und zwar mit angemessener Unterstützung auf EU-Ebene, einschließlich eines künftigen Rahmenprogramms (RP10) mit einer starken territorialen Dimension;
- > auf ein dezentrales, vernetztes und demokratisches Energiesystem hinwirken, das nachhaltige, sichere und erschwingliche Energie für alle, auch für wichtige Industriezweige, bietet. Das bedeutet, dass stärker in erneuerbare Energieträger und saubere Technologien investiert werden muss und zur Bekämpfung der Energiearmut Initiativen wie lokale Energiegemeinschaften auf den Weg gebracht werden müssen;
- > uns für eine Aufstockung der Mittelzuweisung für den Klima-Sozialfonds im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) einsetzen, um schutzbedürftige Verbraucher*innen und kleine Unternehmen zu unterstützen. Der Klima-Sozialfonds sollte umfassend in die Kohäsionspolitik einbezogen und gemeinsam mit den Regionen verwaltet werden, um die Umsetzung des Null-Schadstoff-Aktionsplans zu beschleunigen;
- > für gerechte Einkommen für Landwirte, Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen und einen soliden EU-Rahmen zum Schutz der Arbeitnehmerrechte in der künftigen Agrar- und Lebensmittelbranche sowie eine gerechtere und stärker lokal ausgerichtete GAP zur Gewährleistung hochwertiger und erschwinglicher Lebensmittel kämpfen;
- > für lokale Erzeugungs- und Lebensmittelsysteme sowie ein nachhaltiges und gesundes Lebensmittelangebot in Schulen, Krankenhäusern und anderen öffentlichen Kantinen eintreten, indem insbesondere die EU-Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge entsprechend überarbeitet werden;
- > auf die Stärkung des Gesundheitsschutzes und unserer öffentlichen Gesundheitssysteme hinarbeiten und uns für die Einbeziehung der lokalen Perspektive in das künftige EU-Programm für die Gesundheitsunion einsetzen und dabei nachdrücklich eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Pflegekräften, insbesondere in ländlichen Gebieten, fordern, um einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen Gesundheitsdiensten sicherzustellen;
- > Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter fördern, insbesondere durch Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei Haushalts- und Stadtplanung, damit den

- jeweiligen Bedürfnissen mit Blick auf öffentliche Dienstleistungen und Infrastruktur besser Rechnung getragen wird;
- > für die Förderung der lokalen und regionalen Resilienz, auch durch Stärkung der Katastrophenschutzfähigkeiten unserer Gebiete, eintreten, um auf neue und komplexere Bedrohungen reagieren zu können.

Fazit: So geht es weiter

Zusammenhalt, Demokratie und Lebensqualität für alle und überall sind unsere politischen Prioritäten für die kommenden fünf Jahre. Der Europäische Ausschuss der Regionen hat gerade sein 30. Jubiläum gefeiert. Wir freuen uns darauf, seine politischen Tätigkeiten in den Jahren 2025–2030 mitzugestalten. Die Europäische Union hat als Friedensprojekt begonnen und war damit sehr erfolgreich. Sie muss auch weiterhin ein Friedensprojekt bleiben – selbst wenn in der Welt, in der wir heute leben, neue Wege zur Bewältigung der Herausforderungen nötig sind. Wir müssen bei unseren Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen schaffen, dass wir als SPE-Vertreter*innen der Ebene, die ihnen am nächsten ist, etwas bewirken können, um in jeder Hinsicht für echten Zusammenhalt zu sorgen, demokratische Entscheidungsfindung zu gewährleisten und ihre Lebensqualität zu verbessern.

Wir bündeln im AdR und darüber hinaus unsere Kräfte und unser Wissen, damit unsere Prioritäten dank dem Engagement progressiver lokaler und regionaler Gebietskörperschaften für alle und überall Wirklichkeit werden. Die europäische Integration ist eine einmalige Chance. Unsere Aufgabe ist es, ihre Stärken zu nutzen, die auf der Vielfalt der demokratischen Strukturen auf allen Ebenen beruhen. Durch Verknüpfung dieser Ebenen im Rahmen unserer progressiven Vision können wir als SPE eine stärkere, den Bürgerinnen und Bürgern nähere Europäische Union schaffen, die ihnen in ihrem Alltag Sicherheit im weitesten Sinne bietet. Unsere Vision eines sicheren Europas beruht auf mehr Zusammenhalt, einer stärkeren Demokratie und besserer Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig davon, wo sie leben.